Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr. Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Mittwoch, den 14. Juni 1882. Nr. 271.

Deutschland.

Berlin, 13. Juni. Wie man hört, hat Fürst Bismarck sich gestern gegen einen befreundeten Abgeordneten dahin geäußert, daß die Regierung nicht widersprechen würde, falls aus dem Hause der Wunsch nach Vertagung (statt des Schlusses) der Session behufs Fortsetzung der Kommissionsberathungen über die sozialpolitischen Vorlagen zu erkennen gegeben würde. Der Seniorenkonvent wird heute hierüber berathen. Daß die Plenarverhandlungen nur noch wenige Tage dauern werden, steht fest.

— Ueber die Leichenfeier auf Caprera berichtet man der „N. Fr. Pr.“:

Um das Ruhebett trugen vier Gewehrpyramiden Lorbeer-, Epheu- und Immortellenkränze. Ein Marine- und ein Infanterie-Soldat, ein Veteran und Einer von den Tausend von Marsala bewachten die Leiche. Von den Tausend waren 34, von Rothhemden 450 erschienen, welche still vor ihrem einstigen Führer vorbeidefilirten. Ein rührender Anblick war es, als der alte General Sacchi auf den Todten zustürzte und ihm weinend die Wange küßte. Männer mit tiefernsten Mienen traten nach einander vor den Todten hin und weinen laut, was um so ergreifender ist, als Alle altersgraue geprüfte Soldaten sind. Des Prinzen von Genua Ankunft giebt das Signal zum Aufbruch. Die Leiche wird, nachdem die Familie Abschied genommen, wobei Clelia in Ohnmacht fällt, in einen Metall- und einen Nußbaumsarg gelegt und der Sarg versiegelt; zuvor jedoch wurde auf der Brust des Leichnams der Protokollbefund deponirt. — Der Leichenzug, welchen Karabinieri eröffneten und schlossen, bewegte sich von der Höhe zum Meere und von dort zum kleinen Friedhofe. Auf einer Wiese wurde der Sarg niedergesetzt, und es wurden Reden gehalten, welche keinen politischen Charakter hatten. Der Sarg wurde unter allgemeinem Schweigen in die Gruft gesenkt, nur der Sturmwind blies eine schauerliche Melodie. Es war ein Augenblick voll Trauer und Düsterkeit, der jedem unvergeßlich bleiben wird. Als sich die Gruft schloß, senkten sich an fünfzig Fahnen auf dieselbe und die Menge, welche sammt den Eingebornen 4000 zählte, entfernte sich lautlos.

Wie die „Rassegna“ meldet, wurde die Nachricht vom Beschlusse der Familie Garibaldis, dessen Leiche nicht zu verbrennen, im Vatikan mit großer Freude begrüßt und als ein Triumph betrachtet. Der Papst hat dem Staatssekretär und seiner Umgebung sein Wohlgefallen darüber unverhohlen ausgesprochen. Dasselbe Blatt veröffentlicht eine Mittheilung des Bürgermeisters der Insel Maddalena, nach welcher die Einbalsamirung der Leiche Garibaldis so gelungen sei, daß der Körper wie unversehrt erhalten werden könnte. Die Fahne der Legion Garibaldis, welche derselbe in Montevideo getragen, wird nach derselben Mittheilung von dem General Sacchi, einem Waffengefährten des Verstorbenen, zur Aufbewahrung im Kapitol nach Rom gebracht werden. — Unter der Ueberschrift: „Garibaldis Degen“ bringt die „Times“ folgende Zuschrift:

„Mein Herr! Es heißt, daß die Familie Garibaldis sich an einen englischen Offizier, den Besitzer dieser Reliquie, zu wenden beabsichtigt, um ihn zu ersuchen, dieselbe zurückzuerstatten, damit die Familie sie dem Syndikus von Rom zu deren Aufbewahrung im Kapitol übergeben könne. Ich habe mit Erlaubniß des Obersten Chambers mitzutheilen, daß er unverzüglich, nachdem er durch die Presse von dem Wunsche der römischen Zivilbehörde, dieses Erinnerungszeichen an den großen italienischen Patrioten zu erlangen, in Kenntniß gesetzt worden, ein Schreiben an den Botschafter General Menabrea richtete und nicht allein den Degen, welchen Garibaldi in allen Feldzügen trug und dem Obersten Chambers bei der Auflösung des Stabes nach dem Feldzuge von 1866 zum Geschenk machte, sondern auch die Fahne, die Garibaldi geschenkt wurde, als er Diktator in Montevideo war, sowie die blutbefleckte Decke, in welcher der General nach Aspromonte vom Schlachtfelde getragen wurde, der italienischen Nation zur Verfügung stellte. Ihr gehorsamer Diener H. Garland Matthews, Kapitän im 4. Bataillon des Manchester-Regiments.“

— Der Aufstand in Alexandrien, über dessen wirkliche Ursachen noch immer eine authentische Aufklärung fehlt, ist nach den letzten Nachrichten gedämpft. Von einer Landung englischer Truppen ist zunächst Abstand genommen worden, sei es, daß eine derartige Landung auf Schwierigkeiten von Seiten der Egypter gestoßen wäre, sei es, daß zu befürchten stand, die Franzosen und in ihrem Gefolge die Italiener, sowie andere europäische Regierungen könnten sich gleichfalls berufen fühlen, zum Schutze ihrer Landesangehörigen Truppen auszuschiffen. Wenn nun aber das Kondominium der Franzosen den Engländern schon bedenklich erscheint, würde das noch mehr zutreffen, falls Alexandrien eine ganze Musterkarte europäischer Marinesoldaten aufweisen sollte. Jedenfalls bieten die jüngsten Unruhen der Diplomatie eine wirksame Handhabe, auf die Pforte einen energischen Druck auszuüben, damit sie nunmehr an der Konferenz theilnimmt. Der Hinweis des Sultans, daß Derwisch Pascha in der Lage sein würde, die egyptische Krisis zu lösen, wird jetzt um so mehr berechtigten Einwendungen begegnen, als eben unmittelbar nach dem Eintreffen des türkischen Kommissars die bisher ungestörte Ruhe durch Straßentumulte und Blutvergießen unterbrochen worden ist. Seltsam erscheint, daß beinahe das gesammte Konsulatskorps, sowie unter Anderen auch die Gemahlin des österreichischen Generalkonsuls sich gerade unterwegs befand, als die Ruhestörungen begannen. Nach den letzten Berichten beläuft sich die Zahl der getödteten Europäer auf 67.

— Der Beschluß der französischen Deputirtenkammer, durch welchen nicht blos die Unabsetzbarkeit der Richter beseitigt, sondern auch die Wählbarkeit derselben eingeführt wurde, kann, wie bereits hervorgehoben, nicht als eine Niederlage des Kabinets Freycinet angesehen werden. Diese Auffassung hat inzwischen ihre Bestätigung dadurch erhalten, daß der Präsident der Republik sich geweigert hat, die Demission des Justizministers Humbert anzunehmen, vielmehr sich nur bereit finden ließ, demselben einen einmonatlichen Urlaub zu bewilligen. Daß das Ministerium das Prinzip der Wählbarkeit der Richter nicht akzeptiren, vielmehr vorziehen würde, zurückzutreten, ist ebenso selbstverständlich, wie es begreiflich ist, daß die Radikalen und die Ultraradikalen nicht davor zurückschrecken, den Richterstand und das Gerichtswesen vollständig zu desorganisiren, was die unvermeidliche Folge der wirklichen Durchführung jenes Beschlusses wäre. Man kann sich eben von Neuem überzeugen, wie bald die Republik an den Abgrund gelangen würde, falls die Radikalen wirklich in den Besitz der Macht gelangten.

In Wirklichkeit verdankt aber der erwähnte Beschluß seine Annahme lediglich taktischen Erwägungen der Monarchisten, die bis auf eine einzige Ausnahme, den royalistischen Abgeordneten von Nimes, Boyer, mit den Ultraradikalen votirten, weil sie auf diese Weise die ganze Vorlage für den Senat und für die Regierung unannehmbar machen, so daß sie erwarten dürfen, daß wie die Wählbarkeit der Richter auch die Absetzbarkeit derselben lediglich ein frommer Wunsch ihrer Gegner bleibt. Bezweckt doch die Aufhebung der „inamovibilité“ ausschließlich die „Reinigung“ des Richterpersonals aller Kategorien von den monarchistischen und imperialistischen Elementen. Gambetta hat denn auch die Taktik der Rechten deutlich erkannt und deshalb mit einigen seiner Anhänger gegen den ultraradikalen Antrag gestimmt, während zahlreiche Mitglieder der von ihm geleiteten Parteigruppen, wie es in der heute vorliegenden „Rep. Fr.“ heißt, „durch frühere Verpflichtungen gebunden, die sie vielleicht ein wenig unbedachtsam übernommen haben, das Wahlprinzip beschlossen“. Abgesehen davon also, daß viele Deputirte, welche sich in der Majorität befanden, aus „Bosheit“ votirten, um die ganze Reform der Magistratur zu vereiteln, giebt Gambetta selbst zu, daß ein Theil seiner Parteigänger sich lediglich durch das gegenüber den Wählern übernommene imperative Mandat habe leiten lassen. Unter diesen Umständen verliert der Beschluß der Deputirtenkammer um so mehr von seiner Tragweite, als der Senat bei früheren Gelegenheiten entschieden abgelehnt hat, das Prinzip der Unabsetzbarkeit der Richter auch nur ernsthaft diskutiren zu lassen. Freilich haben inzwischen die Erneuerungswahlen für den Senat stattgefunden, welche die republikanische Majorität wesentlich verstärkten. Nichtsdestoweniger kann aber als unzweifelhaft gelten, daß der Senat der Reformvorlage in der von der Deputirtenkammer beschlossenen Form niemals seine Zustimmung geben wird.

— Die konservativen Abendblätter begnügen sich zunächst mit der Registrirung des Abganges des Grafen Ignatiew, ohne weitere Betrachtungen daran zu knüpfen. Die „Germania“ ist mit der Erklärung bei der Hand, daß Fürst Bismarck den Grafen Ignatiew gestürzt habe. Das Blatt schreibt:

„Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir annehmen, daß auswärtige Einflüsse bei diesem wichtigen Ereignisse von maßgebendem Gewichte gewesen sind. Die panslavistische Presse wird nicht verfehlen, auf den Fürsten Bismarck als den Urheber des Sturzes ihres Halbgottes hinzuweisen. Ueber die Folgen des Rücktritts Ignatiew's wollen wir keine weiteren Muthmaßungen aufstellen, ehe wir auf Grund genauerer Nachrichten die Situation besser überschauen. Die von dem Fanatismus der Panslavisten Bedrängten werden zunächst jedenfalls erleichtert aufathmen.“

Wir sind eher der Meinung, daß das, was den Grafen Ignatiew bis jetzt gegen seine Gegner im Innern vorzugsweise gestützt hatte, die Besorgniß des Kaisers Alexanders war, der Sturz Ignatiew's könne auf fremden Einfluß zurückgeführt werden. Ignatiew ist, wie wiederholt schon hervorgehoben wurde, dem Zaren persönlich höchst unsympathisch; nachdem Katkow und Pobedonoszew in offene Gegnerschaft gegen Ignatiew getreten waren, konnte der letztere nicht mehr als der berufene Vertreter der Altrussen und Moskauer angesehen werden. Sein Bleiben hatte daher auch keine innere Berechtigung mehr. Eine weitere Mittheilung, welche möglicherweise mit der Katastrophe zusammenhängt, bringt die „Germania“ in folgender Fassung:

„Die Unterhandlungen des h. Stuhles mit der russischen Regierung sind, wie wir aus Petersburg erfahren, seit einigen Tagen bis auf die Ratifikation beendet, der Staat hat im letzten Momente auf die Anzeigepflicht verzichtet. Unser Gewährsmann hofft in den allernächsten Tagen hierüber aktuelle und detaillirte Mittheilungen machen zu können.“

Der Nachfolger Ignatiew's, Graf Tolstoi, hat, wie wir bereits hervorhoben, die katholische Kirchenverfassung in Rußland und Polen auf das Härteste befehdet; es ist bemerkenswerth, daß er wieder an das Ruder gelangt in dem Augenblick, da mit dem von ihm begründeten System gebrochen werden sollte. Man darf gespannt sein, ob Graf Tolstoi die Handlungen seines Amtsvorgängers in dieser Richtung ratifiziren wird.

— Ueber die Entlassung des Grafen Ignatiew schreibt die in bekannten Beziehungen stehende „Elsaß-Lothr. Ztg.“:

„Schon bei der Reise des Großfürsten Wladimir (nach Wiesbaden und Wien) vor einigen Wochen verlautete, daß derselbe Träger einer kaiserlichen Mittheilung an die Höfe von Berlin und Wien sei, welche auf einen bevorstehenden Personenwechsel hindeute, seitdem ist Großfürst Wladimir am Donnerstag wieder in Berlin gewesen und soll auch dem Fürsten Bismarck einen Besuch abgestattet haben. Ihm auf dem Fuße folgte Großfürst Sergius, welcher den Kaiser bei der gestrigen Feier in Potsdam vertrat und von gestern datirt wohl auch der Ukas, welcher durch die Entlassung des Grafen Ignatiew ein System beendet, dessen Fortdauer auf die auswärtigen Beziehungen Rußlands kaum ohne tieferen Einfluß bleiben konnte.“

Wie verlautet, wäre man hier schon vor vierzehn Tagen durch eine Dame, die an dem russischen Hofe eine hervorragende Stellung einnimmt und die sich hier einige Tage aufhielt, auf das bevorstehende Ereigniß vorbereitet worden. In der That macht der ganze Vorgang mehr den Eindruck eines Hof-Ereignisses als einer großen staatlichen Aenderung.

— Eine der „P. C.“ aus Rom vom Heutigen zugehende Mittheilung konstatirt die hohe Befriedigung, welche daselbst in politischen Kreisen über die auszeichnende und herzliche Aufnahme des Herzogs von Aosta seitens des deutschen Hofes geäußert wird. Es wird uns zugleich bestätigt, daß König Humbert der an ihn ergangenen Einladung Anfangs in Person Folge zu leisten beabsichtigte und daß bereits Vorbereitungen für die Abreise des Königs getroffen wurden; dringende Staatsgeschäfte hinderten den König im letzten Augenblicke an der Ausführung seiner Absicht. Doch gilt der Besuch des Königs in Berlin nur für aufgeschoben und wird einer allgemein feststehenden Annahme zufolge noch im Laufe dieses Jahres erfolgen. Der Herzog von Aosta war Ueberbringer eigenhändiger Glückwunschschreiben des italienischen Königspaares an die Eltern, Großeltern und Urgroßeltern des Pathenkindes, höchst werthvoller Pathengeschenke, sowie eines prächtigen Brillantschmuckes für die Frau Prinzessin Wilhelm.

— Die Gewerbeordnungs-Kommission hat heute, nach mehrtägiger Verhandlung, den wichtigen Paragraphen über den Vertrieb von Druckschriften im Umherziehen auf den Antrag des Abg. v. Kleist-Retzow mit den Stimmen der Konservativen und Klerikalen in der Fassung angenommen, daß die Kolportage verboten ist von „Druckschriften, anderen Schriften und Bildwerken, insofern sie die Grundlagen des Staates und der Gesellschaft zu untergraben, oder in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergerniß zu geben geeignet sind, oder welche mittelst Zusicherung von Prämien oder Gewinnen vertrieben werden.“ — Es ist klar, daß durch einen solchen Paragraphen der gesammte Kolportage-Buchhandel dem Belieben der Behörden preisgegeben würde.

— Der sozialdemokratische Abgeordnete Grillenberger hat, unterstützt von seinen Fraktionsgenossen, von Mitgliedern der Volkspartei, des Fortschritts und der Liberalen Vereinigung folgende Interpellation eingebracht: „Geschieht es im Auftrage der Reichsregierung oder der königlich preußischen Regierung, daß die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstages sowie mit ihnen verkehrende Personen durch geheime Agenten der Berliner Polizei in der zudringlichsten Weise auf Schritt und Tritt verfolgt und überwacht werden? Und was gedenkt die Reichsregierung zu thun, um die Würde des Reichstages und die betreffenden Mitglieder des Hauses gegen diese Behandlung zu schützen?“

— Aus Kassel wird uns telegraphisch gemeldet, daß das Befinden des Prinzen Karl ein den Umständen nach befriedigendes sei und deshalb bis auf Weiteres Bulletins nicht mehr ausgegeben werden. Gewisses über das Eintreffen des Kaisers in Kassel verlautet noch nicht.

— An das Zentralkomitee des VII. mitteldeutschen und VII. brandenburgischen Bundesschießens ist gestern Abend 6 Uhr 20 Minuten folgendes Telegramm von dem Kaiser eingegangen:

„An das Zentralkomitee Herrn Hauptmann Gain, Weißensee, Schützenplatz. Seine Majestät haben den innigsten Gruß der zum VII. mitteldeutschen und VII. brandenburgischen Provinzial-Bundesschießen versammelten deutschen Schützen und deren Gäste zur Taufe Ihres Urenkels mit herzlichster Freude empfangen und lassen verbindlich danken mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß Allerhöchst Ihr Urenkel dereinst mit Gottes Hülfe dem deutschen Vaterlande in reichem Maße den Segen bringen möge, der als Wunsch am Tauftage aus treuen Herzen gespendet.

Auf Allerhöchsten Spezialbefehl

von Wilmowsky.“

Unter dem dreifach donnernden Hoch des nach Tausenden zählenden Publikums wurde die Depesche von dem errichteten Gabentempel zu Weißensee verlesen und sodann von allen Anwesenden stehend und entblößten Hauptes die Nationalhymne gesungen.

Provinzielles.

Stettin, 14. Juni. Vor Eintritt in die Tagesordnung der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten theilt der Vorsitzende, Herr Dr. Wolff mit, daß vom Magistrat eine erneute Vorlage betr. Abänderung des Normal-Besoldungsplans der städtischen Beamten und ein Antrag betreffend Anlegung eines Petroleumlagers durch Hrn. Fock eingegangen ist, über beide Vorlagen wird in nächster Sitzung berathen werden.

Herr Dr. Scharlau erstattet sodann den Bericht der Kommission über die Vorberathung des Antrages auf Veränderungen der Fluchtlinie des Bebauungsplanes von Stettin. Die Kommission hat bei ihren Vorschlägen besonders die Anlage von breiten Promenadenstraßen, vergrößerten, mit Bäumen bepflanzten Plätzen und Erhaltung älterer Baumanlagen berücksichtigt, außerdem aber auch im Interesse der hiesigen Garnison auf Herstellung von Reitwegen Bedacht genommen, welche, von der Artilleriekaserne ausgehend, durch die neue Wallstraße, über den größeren Platz an der Berliner Thorpassage, um den Parade- und Königsplatz, durch die Kaiser Wilhelmstraße bis zur Roonstraße, ferner von dem Kaiser Wilhelmplatz abgezweigt durch die Friedrich Karlstraße, die Barnim- und die verlängerte

Friedrichstraße zum Ausgangspunkt zurück gehen sollen. Die wesentlichsten vorgeschlagenen Aenderungen des Bebauungsplanes sind im Wesentlichen folgende: Der Parade- und Königsplatz ist in einer ganzen Breite von 59 Meter herzustellen, davon 22 Mt. Fahrstraße, 10 Mt. Bürgersteige, 19,5 Meter Promenade und 7,5 Meter Reitweg. Auf der Glacisseite sollen Vorgärten von 10 Mt. Breite angelegt werden. Das Denkmal Friedrich des Großen ist in die Mitte der Promenade vorzuschieben event. auf einem mit der Provinzialbehörde zu vereinbarenden Platze aufzustellen. Die Kaiser Wilhelmstraße, welche sich von der Kaserne des Königs-Regiments bis nach Westend zieht, soll in einer Breite von 40 Mt., außer Fahrstraße und Bürgersteig, Promenade mit Reitweg erhalten, ferner in einigen Strecken Vorgärten. Die Friedrich Karlstraße ist als Promenadenstraße projektirt, nur ein westlicher Theil vom Kaiser Wilhelmplatz nach dem Arndtplatz soll mit einem Reitweg versehen werden. Auf der Deutschenstraße, zwischen Kaiser Wilhelmstraße und Arndtplatz, sollen zu beiden Seiten 8 Meter breite Vorgärten angelegt werden. Die Werderstraße wird, soweit sie zwischen Kaiser-Wilhelmstraße und Blücherstraße liegt, aus dem Bebauungsplan gestrichen. Die Straße 50, die Arndtstraße, Falkenwalderstraße und König Albertstraße erhalten in ihrer ganzen Länge oder streckenweise 8 Meter breite Vorgärten. Die Barnimstraße, Verlängerte Friedrichstraße und Kurfürstenstraße werden verbreitet und mit Vorgärten versehen. Die Werderstraße wird zwischen Kaiser Wilhelmstraße und Blücherstraße und die Arndtstraße zwischen der Deutschen und Preußischen Straße kassirt, letztere aber dafür nach dem Kreuzungspunkt der Preußischen und Friedrich Karlstraße verlegt. Die Kronprinzenstraße zwischen Kaiser Wilhelmplatz und Preußischestraße wird zentral auf den Kaiser Wilhelmplatz verschoben und mündet in die Kreuzung der Preußischen, Bogislaw- und Turnerstraße. Die Bismarckstraße wird in direkter Richtung nach dem Platz O. verlegt und in Folge dieser Verlegung fällt die Alte Falkenwalderstraße ganz fort. Die verlängerte Friedrichstraße zwischen Friedrichstraße und Bellevue verliert die Vorgärten mit Ausschluß der westlicher Seite und Bellevuestraße 4, ferner werden die Vorgärten bei den Straßen Nr. 3 und 6 gestrichen, dafür werden die Straßen statt 15 je 20 Meter breit. Die übrigen Straßen Nr. 1, 4, 5, 10 und 11 im Bebauungsplan Abtheilung VI. verlieren die Vorgärten, soweit militärfiskalische Grundstücke daran liegen. Ferner ist die Anlage von acht Plätzen vorgeschlagen, von welchen wir besonders eine am Berliner Thor projektirte Anlage von ca. 18,300 Qu.-M. Flächeninhalt und einer Längen Ausdehnung von 275 Metern hervorheben wollen und zwar soll der alte Militärkirchhof zu Anlagen erhalten und durch Hinzuziehung der angrenzenden Theile des Bauwinkels zwischen der alten Falkenwalderstraße, Berliner Thor-Passage, der Straße 78 und der Anlagenstraße X abgerundet werden.

Die Versammlung erklärt sich mit allen Vorschlägen der Kommission einverstanden.

Die durch die verstorbenen Kaufmann Karl Wilhelm Meister'schen Eheleute der städtischen Armenkasse und dem ehemaligen Bürgerrettungs-Institut gemachten Legate in Höhe von 3000 resp. 2000 M. werden mit Dank angenommen. — An Mehrkosten für den Erweiterungsbau des Kessel- und Waschhauses im Krankenhause werden 5347 M. 95 Pf. nachbewilligt. In den Gründen zu dieser Mehrausgabe führt der Magistrat an, daß der erste Anschlag auf Genauigkeit keinen Anspruch machen konnte, da verschiedene unvorhergesehene Aenderungen eintreten mußten; das Kesselhaus wurde 1 Meter länger gemacht, ein Theil der Trennungswand zwischen Kesselhaus und Absonderungshaus neu aufgeführt, eine Röhrenleitung nach den verschiedenen Gebäuden hergestellt u. A. m. Nachdem der Referent, Herr Tietz, monirt, daß alle angegebenen Gründe nicht durch Zahlen bewiesen seien und Herr Stadtbaurath Kruhl darauf kurz erwidert hat, wird die verlangte Summe nachbewilligt; ferner werden 266 M. 67 Pf. an Remuneration für eine Hülfslehrerin an der Mädchenschule in der Klosterstraße und 180 M. für die Vertretung einer erkrankten Handarbeitlehrerin an der gehobenen Töchterschule bewilligt.

Die Rückgabe der behufs Herstellung der Straßen-Eisenbahnstrecke Kirchplatz—Bellevue von Herrn Feuerlotz gestellten Kaution von 3000 M. wird genehmigt und die Zustimmung ertheilt, daß die gekündigten und bereits eingelösten, sowie die alljährlich zu amortisirenden und einzulösenden Stadtobligationen mit den zugehörigen Koupons und Talons durch Feuer vernichtet werden.

Bei dem am 20. Mai angestandenen Lizitationstermin zum Verkauf des dem Jageteufelschen Kollegium gehörigen Grundstücks kl. Domstraße 5 hatte Herr Pianofortefabrikant René mit 77,750 Mark das Meistgebot abgegeben und das Jageteufelsche Kollegium beschloß, vorbehaltlich der Genehmigung der städtischen Behörden diesem Herrn den Zuschlag zu ertheilen; nachdem dieser Beschluß gefaßt war, machte ein zweiter Bieter, Herr Schlossermeister Schwarz, ein Nachgebot von 78,800 M., und wenige Tage später Herr Kunstgärtner Engelmann ein Nachgebot von 78,275 M. Die Provisoren des Jageteufelschen Kollegiums beschlossen hierauf, zwischen diesen 3 Bietern einen neuen Abbietungstermin anzuberaumen. Der Magistrat beantragt jedoch bei der Versammlung, Herrn René als Meistbietendem den Zuschlag zu ertheilen, weil sonst das ganze Lizitations-Verfahren illusorisch werden würde. Vor Beginn der gestrigen Versammlung war sowohl von Herrn Schlossermstr. Schwarz wie von den Provisoren des Jageteufelschen Kollegiums Proteste gegen die Zuschlagsertheilung eingegangen und Herr Domke als Referent glaubt auch auf diese Proteste Rücksicht nehmen zu müssen und beantragt: Erstens, den Zuschlag an Herrn René nicht zu genehmigen, sondern einen neuen Lizitationstermin anzuberaumen, sofern sich die Bieter verpflichten, auch bei dem neuen Termin ihre höheren Gebote aufrecht zu erhalten, und zweitens möglichst darauf zu sehen, daß eine höhere Anzahlung bis ein Viertel des Kaufpreises gezahlt wird. Der Referent hält beide Anträge im Interesse der Stadt für geboten; bei Annahme des ersteren Antrags würde die Stadt einen finanziellen Vortheil erzielen, bei Annahme des zweiten würde für die Restkaufsumme eine größere Sicherheit erzielt. Der Magistrat sei zwar Anstands halber gezwungen, den Zuschlag zu ertheilen, das könne aber die Versammlung nicht veranlassen, finanzielle Vortheile außer Acht zu lassen.

Herr Graßmann ist entschieden gegen die Anträge des Referenten, er hält es für die städtischen Interessen außerordentlich schädlich, wenn bei Lizitationsterminen die vom Referenten beantragte Praxis eingeführt würde. Alle bei einem solchen Termin erscheinenden Bieter wüßten, daß die dort abgegebenen Gebote gültig und bindend sind und müßten dieselben daher auch bei dem Termin sofort höhere Gebote machen. Ein nachträgliches Mehrgebot müsse ganz unbeachtet bleiben, wie dies auch bei allen Staatsbehörden der Fall sei. Wenn nicht alle Lizitationstermine illusorisch gemacht werden sollten, so bittet Redner den Antrag des Magistrats anzunehmen.

Herr Döring spricht sich für den Antrag des Referenten aus, da voraussichtlich in einem neuen Termin eine bedeutend höhere Kaufsumme erzielt werden würde; überhaupt frage es sich, ob durch den Protest der Provisoren der Zuschlag nicht ungültig wurde. Es sei auch nicht das erste Mal, daß nachträglich Mehrgebote berücksichtigt wurden, dieser Fall sei der Versammlung schon wiederholt eingetreten.

Der letzten Bemerkung des Redners gegenüber bemerkt der Vorsitzende Herr Dr. Wolff, daß thatsächlich ein solcher Fall noch nie dagewesen.

Herr Stadtschulrath Dr. Krosta hebt hervor, daß bei dem Termin auf das Peinlichste verfahren sei. Bei den Herren Engelmann und Schwarz sei außerdem später nochmals angefragt worden, ob sie höhere Gebote machen wollen, sie haben dies aber verweigert und hätten sich erst längere Zeit nachher eines Anderen besonnen. Dies könne doch die städtischen Behörden nicht bestimmen, das ganze Wesen der Lizitations-Termine umzuändern.

Herr Rechtsanwalt Werner schließt sich den Gründen der Herren Graßmann und Krosta an und betont, daß der Magistrat und die Versammlung als anständige, ehrliche Leute handeln müssen. Man kann keine Lizitation ausschreiben und dann nach Belieben aufheben. Wenn der Referent gesagt habe, daß der Magistrat „aus Anstands Rücksichten" den Zuschlag ertheilen müsse, so glaubt Redner erwidern zu müssen, daß auch die Versammlung, welche die Ausschreibung des Lizitations-Termins gebilligt habe, denselben Anstand zeigen müsse.

Herr Döring bleibt bei seiner Behauptung, daß schon früher Nachgebote berücksichtigt worden wären, kann aber keinen solchen Fall angeben, weshalb auch Herr Dr. Wolff (dessen Erinnerungen in der Versammlung bekanntlich weiter zurückreichen und deshalb zuverlässiger sind, als die des Herrn Döring) bei seiner früheren thatsächlichen Feststellung bleibt.

Herr Domke als Referent, macht in seinem Schlußworte geltend, daß man auch die Qualifikation des Bieters in finanzieller Beziehung in Betracht ziehen müsse, damit die Stadt die nöthige Sicherheit habe. Er bittet auch deshalb seine Anträge anzunehmen.

Die Versammlung lehnt jedoch die Domke'schen Anträge ab, nahm dagegen die Magistrats-Anträge an.

In Folge des Ringtheater-Brandes in Wien sind bei allen Theatern mehr Rücksichten auf die Sicherheits-Maßregeln getroffen worden und Seitens der hiesigen Polizeibehörde sind auch bei dem hiesigen Stadttheater mehrere Aenderungen verlangt worden. Dieselben erfordern einen Kostenaufwand von 30,000 Mark. Die Vorsteher der Kaufmannschaft sind als Besitzer des Theaters verpflichtet, auf ihre Kosten diese Aenderungen herstellen zu lassen und haben sich dieselben in Folge dessen an den Magistrat mit der Bitte gewandt, bei der Versammlung zu befürworten, daß die von der Stadt für das Theater bisher gezahlte Subvention von 3000 Mk. jährlich auf 5000 Mk. erhöht werde, da die Aufwendungen der Kaufmannschaft im Interesse der Einwohnern zu groß seien. Der Magistrat hat hierauf von den Vorstehern der Kaufmannschaft um spezielles Verzeichniß der Einnahmen und Ausgaben in den 32 Jahren, in welchen die Kaufmannschaft im Besitz des Theaters ist, ersucht. Dieses Verzeichniß ist eingereicht worden und ist daraus ersichtlich, daß von der durch Obligationen aufgebrachten Kaufsumme von 300,000 Mk. bereits 139,500 Mk. amortisirt sind. Die Ausgaben betragen pro Jahr an Zinsen und Amortisationsrenten 16,100 Mk. und an Reparatur 6300 Mk.; dem gegenüber stehen als Einnahmen an Subvention von Sr. Majestät dem König 4500 Mk., an Subvention von der Stadt 3000 Mk. und an Miethe 7400 Mk., so daß die Kaufmannschaft durchschnittlich 7570 Mk. Zuschuß zahlen muß, außerdem giebt die Stadt freies Gas. In den 32 Jahren hat die Stadt im Ganzen 217,215 Mk. Zuschuß gezahlt, die Kaufmannschaft 242,900 Mk. Die letztere Summe verringert sich jedoch eigentlich auf 207,200 Mark, weil die Kaufmannschaft bereits eine größere Summe zur Amortisation verwandt hat, als sie nach dem Amortisationsplan verpflichtet war. Daraus erhellt, daß die Stadt jährlich noch 312 Mk. mehr Zuschuß geleistet hat als die Kaufmannschaft. Deshalb hat der Magistrat den Antrag auf Erhöhung der Subvention abgelehnt, ebenso einen weiteren Antrag auf Uebernahme des Theaters für städtische Rechnung, dagegen schlägt er vor, zur Herstellung einer telegraphischen Verbindung zwischen dem Schauspielhause und dem Feuerwehrgebäude 1800 M. zu bewilligen. Diese Summe wird auch Seitens der Versammlung bewilligt.

— Schwurgerichts-Sitzung vom 13. Juni. Anklage wider den Handelsmann und Eigenthümer Joh. Friedr. Michaelis aus Gesetz wegen betrügerischer und vorsätzlicher Brandstiftung.

Der Angeklagte besitzt in Gesetz ein kleines Grundstück, zu welchem auch ein mit 200 Mark versicherter Stall gehört. In der Nacht vom 13. zum 14. Juli v. J. brannte das Stallgebäude nieder und obwohl der Angeklagte zur Zeit des Feuers nicht anwesend war, sondern erst nach Unterdrückung desselben eintraf, lenkte sich der Verdacht der Brandstiftung doch auf ihn allein und die eingeleitete Untersuchung führte auch schließlich zur Erhebung der Anklage. Dieselbe stützte sich jedoch nur auf einen ganz schwachen Indizienbeweis, welcher nicht hinreichte, die Geschworenen von der Schuld des Angeklagten zu überzeugen; das Verdikt lautete auf Nichtschuldig und erfolgte demgemäß die Freisprechung.

— Wir theilten unseren Lesern bereits gestern mit, daß Herr Direktor Adolf Barena, der nun seit 5 Jahren Bürger unserer Stadt und ein von unserem Publikum stets gern gesehener Künstler ist, vor seinem Fortgehen nach Magdeburg, wo er bekanntlich die Direktion des Stadttheaters übernommen hat, am Elysium-Theater einen Gastspielzyklus zu absolviren gedenkt und damit bereits heute Abend den Anfang macht. Es ist wohl unnöthig, auf die hohe Künstlerschaft des genialen Gastes hinzuweisen, jeder Theaterbesucher weiß, welche Genüsse er demselben zu verdanken hatte. Unser Publikum wird Herrn Direktor Lautenburg zu Dank verpflichtet sein, daß er den illustren Schauspieler zu einem Gastspiel an seiner Bühne eingeladen hat und wird diesen Dank sicher durch zahlreiches Erscheinen abtragen. Herr Direktor Barena wird zunächst im „Jourfix", also in einer hier von ihm noch nicht gespielten Rolle auftreten, er wird aber auch seine Glanzrollen im „Doktor Klaus", „Journalisten", „Er muß aufs Land" nicht unberücksichtigt lassen. Wie wir hören, wird Herr Barena auch noch in einer Novität des Elysiumtheaters spielen. Möchte das Wetter nur günstiger werden, dann wird das Gastspiel wieder vom gewohnten Erfolge begleitet sein.

— Wie wir soeben erfahren, hat die Direktion des Bellevue-Theaters das Aufführungsrecht des neuesten und sensationellen Werks des Operetten- und Walzer-Königs Strauß erworben. Es ist dies die melodiöse Operette „Der lustige Krieg", dessen sogenannter Kußwalzer ja auch unserm Publikum schon aus den Konzerten bekannt geworden ist. Herr Direktor Wegler hat sich nach Berlin begeben, um noch einige zugkräftige Kräfte zu engagiren, damit die Operette, deren Aufführungsrecht allein 1000 Mark nebst 6 Proz. der Bruttoeinnahme jeder Aufführung kostet, in tadelloser Weise in Szene geht und die Opfer wieder einbringt, die die Direktion jetzt bringt. Wir wollen hoffen, daß es der Direktion gelingt, mit diesem Werke einen künstlerischen wie materiellen Erfolg zu erringen.

Kunst und Literatur.

Theater für heute. Elysiumtheater: „Der Jourfix." Lustsp. 4 Akten. Bellevue: Gastspiel der The Pholtes-Compagnie. Dazu: „Engländer auf Reisen." Gr. Pantomimenposse in 4 Bildern.

Vermischtes.

— Eine hübsche Wagner-Anekdote entnehmen wir einem Feuilleton der „Bresl. Ztg." Richard Wagner contra Karl Gutzkow, so lautete die Tagesparole zur Zeit, als Richard Wagner Kapellmeister und Karl Gutzkow Dramaturg des königlichen Hoftheaters zu Dresden war. Der Grund der Ursache war, daß Karl Gutzkow in Gesellschaft einiger Freunde den Scherz machte: Richard Wagner sei nach Aufführung seines „Tannhäuser", „Rienzi" und „Fliegenden Holländer" so eitel geworden, daß er bei dem jüngsten starken Gewitter in seinem Zimmer niedergekniet und betete: „Gott erhalte mich den Deutschen!" Richard Wagner bekam durch Freunde Kenntniß dieses harmlosen Scherzes und hielt von diesem Augenblick an Gutzkow für einen Bundesgenossen der Dresdener Kritiker Bank und Schladebach, welche scharfsinnige, aber negative Urtheile über seine Richtung, namentlich über „Tannhäuser" fällten und den Reformschritten Wagners hemmend entgegentraten. Durch Karl Gutzkows Machtstellung gelangte wiederholt gegen Richard Wagners Willen Reissigers Oper: „Der Schiffbruch der Medusa" zur Aufführung. — Da die Reissiger'sche Oper vielen Beifall fand, ward Richard Wagners „Tannhäuser" zum Leidwesen Wagners vom Repertoire abgesetzt. Wagner beschwerte sich darüber und Gutzkow versprach bei Aufstellung des nächsten Repertoires den „Tannhäuser" zu berücksichtigen. — Richard Wagner kehrte von einem kleinen Ausflug aus Leipzig zurück und fand auf seinem Schreibtisch zur Unterschrift vorgelegt das neue Repertoire, auf welchem, trotz des wiederholten Versprechens Gutzkows, Wagners Oper abermals keinen Platz fand, die Reissiger'sche Oper „Der Schiffbruch der Medusa" jedoch mehrmals zur Aufführung angesetzt war. Da schrieb Richard Wagner voll Aerger über den vermeinten Wortbruch Gutzkows auf das Repertoire folgendes Epigramm:

„Es ändere, sagt eine alte Kunde,
Der Mensch sich stets nach sieben Jahren.
Doch Täuschung ist's; ich hab's erfahren,
Es ändert sich Herr Gutzkow jede Stunde."
R. W.

Im Konzert sandte Richard Wagner das unterzeichnete Repertoire mit dem Epigramm der Direktion resp. Herrn Gutzkow zu. Gleichzeitig bei der vorgesetzten Behörde dagegen protestirend, daß das Repertoire ohne seine Mitwirkung und Berücksichtigung seiner Wünsche aufgestellt würde. — Gutzkow las das Epigramm und schrieb darunter:

„Die kleinen Kinder sind die schlimmsten nimmer,
Die großen, wenn sie boshaft, sind viel schlimmer."
C. G.

und sandte mit einem Anschreiben das Repertoire sammt Antwort-Epigramm an Richard Wagner, bemerkend, daß die vollständige Unterschrift des Herrn Kapellmeisters auf dem Repertoire fehle. Richard Wagner las, unterzeichnete das Repertoire und antwortete darauf:

Wenn stumpfe Dolche von Neid, Bosheit uns erreichen, (!)
Muß man sie mit der Ruthe der Verachtung streichen.
R. W.

Herr Richard Wagner reichte — seine Entlassung ein, und — Karl Gutzkow ging nach wenigen Monaten. — Richard Wagner dirigirte sodann in Folge höheren Einflusses noch recht oft im königlichen Hoftheater zu Dresden seine Opern: „Tannhäuser" und „Rienzi", bis die Sturmwelle des Jahres 1848—1849 sie für einige Jahre vom Repertoire der königlichen Bühne brauste. Das Ganze beweist jedenfalls, daß das Universalgenie aus der Pleißestadt als Tonkünstler doch höher steht, wie als Verskünstler.

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 13. Juni. Das „Schlesische Morgenblatt" veröffentlicht die Antwort des Reichskanzlers auf das Begrüßungstelegramm des konservativen Parteitags, in welcher Fürst Bismarck für die Zusage der Unterstützung seinen Dank ausspricht und erklärt, daß er an der nach dem Willen des Kaisers in Angriff genommenen sozialpolitischen Reform festhalten werde, so lange er im Amte bleibe.

Petersburg, 12. Juni. Der von dem Reichsrathe genehmigte Entwurf zur Gründung einer Bodenkreditbank für die ländliche Bevölkerung, wozu aus der Reichsbank 500,000 Rubel leihweise hergegeben werden sollen, hat die kaiserliche Sanktion erhalten.

Petersburg, 13. Juni. In dem heute durch den „Regierungsanzeiger" veröffentlichten Statut für Einrichtung der bäuerlichen Bodenkreditbank wird bestimmt, daß der Darlehnsfonds derselben durch Emission 5½proz. durch den Staat garantirter Schuldscheine, welche indeß jährlich den Betrag von 5 Mill. Rubel nicht übersteigen darf, gebildet werden soll.

Petersburg, 13. Juni. Der größte Theil der hiesigen Presse äußert sich mit Genugthuung über den Rücktritt Ignatjew's, dessen einjährige Ministerthätigkeit im Allgemeinen angesichts der schwierigen Lage als wenig fruchtbringend bezeichnet wird. Bezüglich der Ernennung des Grafen Tolstoy halten sich die Zeitungen reservirt.

Bukarest, 12. Juni. Die Session der Kammer ist heute durch eine Botschaft des Königs geschlossen worden. Kurz vor dem Schlusse hatte Konstantin Rosetti, der Führer der liberalen Partei, seine Demission als Deputirter gegeben, weil die Kammer die Prüfung mehrerer von ihm eingebrachter Gesetzentwürfe vernachlässigt hätte. Die Annahme der Demission wurde jedoch einstimmig abgelehnt.

Belgrad, 12. Juni. Die ausgeschiedenen Mitglieder der Opposition sind sämmtlich wiedergewählt worden. Man glaubt, daß diese Wahlen gesetzlich für ungültig erklärt und zehn von der Regierung aufgestellte Kandidaten, auf welche eine geringere Stimmenzahl entfiel, in die Skupschtina berufen werden.

Konstantinopel, 12. Juni. Die Botschafter gaben der Pforte Kenntniß von den ihnen aus Alexandrien zugegangenen Depeschen über die dortigen Vorgänge, welche eine Bestrafung der Meuterer erheischen. Die Pforte telegraphirte darauf an Derwisch Pascha, welcher antwortete, daß bereits 30 Meuterer verhaftet seien. Der Adjutant des Sultans, Osman Bey, ist mit ergänzenden Instruktionen für Derwisch Pascha nach Alexandrien abgegangen.

In dem gestrigen Ministerrathe hat, wie es heißt, sich die Mehrheit im Sinne der Zustimmung zur Konferenz ausgesprochen unter der Bedingung, daß die Konferenz sich nur für die egyptische Frage behandele. Dem Sultan ist hierüber noch keine Vorlage gemacht worden.

Alexandrien, 12. Juni. Viele europäische Einwohner verlassen Egypten so schnell wie möglich; das Konsularkorps hat eine Proklamation erlassen, in welcher die Europäer ermahnt werden, sich ruhig zu verhalten. Gleichzeitig wird dem Verlangen Ausdruck gegeben, daß die egyptische Armee den Gesetzen entsprechend für Ruhe und Ordnung sorgen werde. Heute sind keine neuen Ruhestörungen vorgekommen. Die Anzahl der Todten bei den gestrigen Ruhestörungen wird jetzt auf ca. 100 geschätzt.